



## JAHRESBERICHT 2012/2013

Zwischen November 2012 und Oktober 2013 hat sich der Vorstand an insgesamt sieben Sitzungen getroffen und dabei schwerpunktmässig folgende Themen behandelt:

- Regierungsrätliche Leistungsaufträge an die BS-Spitäler
- Eignerstrategie
- Zahnkliniken (Aufhebung der Aussenstation Riehen, Auslagerung und Zusammenführung der BS-Zahnkliniken)
- Psychiatrie (Kinderpsychiatrie inkl. Standortfrage, Aufhebung der Anlaufstelle im Kleinbasel und Zusammenlegung psychiatrischer Dienste an der Kornhausgasse, Alterspsychiatrie)
- Folgen der neuen Spitalfinanzierung über Fallpauschalen (DRG)

### **Gespräch mit Regierungsrat C. Conti**

Am 6. Juni 2013 haben die Vorstandsmitglieder Remo Gysin, Amon Näf, Marianne Meyer, Stephan Lüthi und Ruth Waldvogel die Herren Regierungsrat Carlo Conti, Armin Ming, Leiter „Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen“, und Peter Indra, Bereichsleiter „Gesundheitsversorgung“, zu einem längeren offenen Gespräch im Gesundheitsdepartement getroffen.

Wir machten dabei auf gravierende Probleme im USB (überbelegte Notfallstation, Überlastung des Personals, mangelnde Patientensicherheit) aufmerksam und baten um die Aushandigung sowohl der Eignerstrategie als auch der Leistungsaufträge für die öffentlichen Spitäler. Zur Einsicht in die Leistungsaufträge erhielten wir schliesslich mehrere elektronische Links. Die Eignerstrategien hingegen wurden uns verweigert. Sie müssten im Hinblick auf die Konkurrenzlage im Spitalbereich geheim bleiben.

Zusätzlich verlangten wir einen zentralen Standort der Kinderpsychiatrie und die Weiterführung der niederschweligen psychiatrischen Anlaufstelle im Kleinbasel.

Fazit des in freundlicher Atmosphäre verlaufenen Gesprächs: Seitens der Gesundheitsbehörden wurde uns klar gemacht, dass diese die Steuerung des Spitalwesens weitgehend dem Markt und sich selbst überlässt und die Mitwirkung der Bevölkerung und des Grossen Rates ausgeschaltet bleibt. BS hat im schweizerischen Vergleich und auch im Vergleich zu BL eines der radikalsten Spital- bzw. Gesundheitsgesetze. Es gibt keine demokratische Steuerung und Kontrolle. Selbst die Funktion der „Oberaufsicht“ durch den Grossen Rat ist unklar.

Zu Recht kritisiert die grossrätliche Geschäftsprüfungskommission, dass das Gesundheitsdepartement BS die eigentlich unvereinbaren Funktionen als Eigentümer, Auftraggeber und Kontrollorgan gleichzeitig wahrnimmt. Der Vorstand wird sich weiterhin bemühen, betreffend Eignerstrategie und Leistungsaufträge Transparenz herzustellen.

## **Vernehmlassung zum Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin**

Das Gesundheitsdepartement BS schlägt in einem neuen Gesetz vor, die Volkszahnklinik (inkl. Schulzahnklinik) aus dem Gesundheitsdepartement auszugliedern und mit dem Zahnärztlichen Institut der Universität Basel in Form einer selbständigen öffentlichen Anstalt als „Universitäres Zentrum für Zahnmedizin Basel“ zusammenzuführen bzw. zu verselbständigen.

Die vorgeschlagene Fusion erfolgt auf Anlass der Universität. Sie ist explizit primär auf Lehre und Forschung und nicht auf die Patientenbedürfnisse ausgerichtet.

In unserer am 30. Mai 2013 eingereichten Vernehmlassung hat der Vorstand Verständnis für eine engere Zusammenarbeit der verschiedenen Zahnkliniken signalisiert, die Zusammenlegung jedoch u.a. aus folgenden Gründen abgelehnt:

- Die zahnmedizinische Forschung folgt nicht primär sozial- und präventivmedizinischen Anliegen, wie sie für die Volks- und die Schulzahnklinik wegweisend sind, sondern eigenen und im Hinblick auf finanzielle Drittmittel industriellen Interessen.
- In der heutigen Schul- und Volkszahnklinik werden mehrheitlich Kinder, Jugendliche sowie sozial- und finanziell benachteiligte Bevölkerungsteile behandelt. Es macht keinen Sinn, die entsprechenden Dienstleistungen in ein universitäres Institut zu integrieren, dem diese Funktionen weitgehend fremd sind.
- Die Vorlage folgt der Ideologie des NPM (New Public Management). Zentrales Anliegen ist die rechtliche Verselbständigung (s. S. 19 der regierungsrätlichen Erläuterungen zum Gesetz). Dem Grossen Rat verbleiben lediglich eine unklare Oberaufsicht und die Genehmigung des Budgets für Abgeltungen von gemeinwirtschaftlichen und sozialen Leistungen in Form eines Rahmenausgabebeschlusses. Mit der weitgehenden Ausschaltung des Grossen Rates werden Referenden verunmöglicht und hiermit Volksrechte abgebaut.
- Die Anstellungsbedingungen würden verschlechtert (kurze Übergangsfrist mit sofortiger Aufhebung der Verordnungen zu Lohn- und Personalgesetz, neue Pensionskassen-Regelung).

## **Interventionen im Bereich der Psychiatrie**

Ruth Waldvogel hat sich auch im Namen unseres Vereins in verschiedenen Gremien für einen kinder- und familienfreundlichen Standort der Kinderpsychiatrie eingesetzt.

Dieses und weitere Anliegen sowohl im Bereich der Kinderpsychiatrie (gravierende Führungsprobleme, wie Doppelspitze, mangelnde Präsenz des Chefarztes u.a.) als auch in der Allgemeinen und in der Alterspsychiatrie (personelle Lücken im ärztlichen Bereich, Probleme im Versorgungsnetz in den Quartieren) sind von Remo Gysin in Gesprächen mit Ralph Lewin,

a.Regierungsrat und Mitglied des Verwaltungsrates der UPK (am 23.01.2013), sowie mit Frau Anton, Direktorin UPK, Herr Prof. Klaus Schmeck, Klinikleiter Kinder- und Jugendpsychiatrie, und Frau Prof. Undine Lang, Ordinaria Psychiatrie (am 31.01.2013), angeschnitten worden. Ein besonderes Anliegen war dabei die Beibehaltung der bestehenden Sektorsierung bzw. von Anlaufstellen der ambulanten Psychiatrie in Gross- und Kleinbasel. Die beschlossene Zusammenlegung der drei Ambulatorien der Polikliniken Clarastrasse, Mittlere Strasse und Petersgraben (im Klinikum 2) an der Kornhausgasse erfolgt, gemäss Frau Anton, aus rein ökonomischen Gründen. Patienteninteressen, insbesondere des Kleinbasels, wurden offensichtlich nicht gebührend berücksichtigt.

### **Neue Spitalfinanzierung**

Die Auswirkungen der neuen Spitalfinanzierung über Fallpauschalen (DRG) haben uns im vergangenen Vereinsjahr stetig begleitet und beschäftigt. Am 2. September 2013 traf sich eine Delegation des Vorstands mit den Herren Peter Indra und Thomas von Allmen von der Bereichsleitung „Gesundheitsversorgung“ zu einem erneuten Gespräch, in dem verschiedene Unklarheiten beseitigt wurden.

Da die Einführung der DRG sehr viele unterschiedlich beurteilte Auswirkungen bzw. Veränderungen mit sich brachte, beschloss der Vorstand, diese Thematik an einer öffentlichen Veranstaltung zu vertiefen. Diese findet am 31.10.2013 statt.

### **Mutationen im Vorstand**

Ruedi Spöndlin, Jurist, und Peter Flubacher, Arzt, haben sich im Laufe des Berichtsjahres zur Mitarbeit im Vorstand bereit erklärt. Dafür sind wir beiden neuen Mitgliedern sehr dankbar. Ihre Wahl erfolgt an der nächsten Mitgliederversammlung.

### **Dank**

Der Verein „Gesundheit für alle“ ist gut vernetzt. Der Vorstand hat bei seinen Interventionen und Anfragen stets offene Türen und Ohren angetroffen. Dafür sind wir sehr dankbar. Wir danken auch allen Vereinsmitgliedern für ihre Unterstützung sehr herzlich. Ein besonderes Dankeschön gebührt dem VPOD Region Basel, der uns sein Sitzungszimmer inkl. Erfrischung stets unentgeltlich zur Verfügung stellt.

Basel, 7.9.2013